

Demokratischer Rechtsstaat oder Atomstaat

Im Konflikt um die Laufzeitverlängerung geht es nicht allein um die Energiefrage.

Am Wochenende des 21./22. August wurde in fast allen Tageszeitungen ein „Energiepolitischer Appell“ veröffentlicht. Verfasst und finanziert von den vier deutschen Stromkonzernen, die die 17 deutschen Atomreaktoren betreiben. Unterschrieben von einem illustren Personenkreis aus den Vorstandsetagen von Großunternehmen, von Ex-Ministern und einem Ex-Fußballprofi.

Sie fordern von der Bundesregierung nicht nur die von CDU/CSU/FDP schon versprochene Aufhebung des sogenannten Konsenses über den Atomausstieg und die Verlängerung der Laufzeiten. Auch die zum Ausgleich der Laufzeitverlängerung geplante Besteuerung atomarer Brennelemente soll fallen.

Auf eine solche Steuer hatte die rot-grüne Bundesregierung 2001 verzichtet, um den sogenannten Ausstiegskonsens überhaupt durchzusetzen. Verzichtet wurde damals auch auf eine verursachergerechte Neuregelung der Haftungsfrage der Kernkraftbetreiber. Unberührt blieben die steuerfreien Rückstellungen für die atomare Entsorgung. Den Betreibern der 17 Atomkraftwerke brachte das geldwerte Vorteile von etwa 5 Milliarden Euro jährlich.

Wird jetzt auf den Ausstieg verzichtet, haben die Atomkonzerne ohne jede Gegenleistung eine Summe von etwa 50 Milliarden Euro kassiert. Doch geht es in der Attacke der Managereliten um mehr als „nur“ um Steuergelder in Milliardenhöhe. Es geht um nicht weniger als das politische Gestaltungsmandat der Verfassungsorgane und damit um den Bestand des demokratischen Rechtsstaates selbst. Der wurde schon mit dem unverhüllten Erpressungsversuch der vier großen Energiekonzerne in Frage gestellt, jetzt wird nachgelegt.

Was schon für sich spricht, doch nicht unvermerkt bleiben soll: Der „Energiepolitische Appell“ wurde ausschließlich von Männern unterschrieben. Auch daran ist abzulesen, wer hier wessen Interessen wie durchzusetzen sucht.

Der bis zum Vertragsbruch gehenden Maßlosigkeit der Konzernpatriarchen muss demokratischer Widerstand entgegengesetzt werden: für den Ausstieg aus der Atomenergie und zur Verteidigung der Demokratie. Beides gehört zusammen. Dieser Widerstand beginnt jetzt. Erste Bewährungsproben werden im November die Proteste gegen den nächsten Castortransport sowie die Anti-Atom-Großdemonstration am 18.9. in Berlin sein.

Erstunterzeichnerinnen:

Vera von Achenbach, Journalistin
Gesine Agena, Bundessprecherin Grüne Jugend
Bettina Böhm, Krankenschwester und Studentin
Ulrike Breth, Diplom-Finanzwirtin (FH)
Beate Broßmann
Marlies Buchholz
Dr. Sonja Buckel, Juristin und Politikwissenschaftlerin
Angelika Büchelin, Pfarrerin
Katharina Dröge, Vorsitzende Bündnis90/Die Grünen Köln
Katja Dörner, MdB, Bündnis 90/Die Grünen
Petra Fuhrmann, MdL Hessen, SPD-Parteirat
Corinna Geis, Unternehmerin
Lisa Gnadt, MdL, SPD Hessen
Diana Golze, MdB, DIE LINKE
Stephanie Handtmann, Geschäftsführerin im Attac-Bundesbüro
Rebecca Harms, MdEP, Fraktionsvorsitzende Grüne/EFA
Ursula Hertel-Lenz
Dr. Barbara Höll, MdB, Die LINKE
Dr. Anne Huffscheid, Kulturwissenschaftlerin und Journalistin
Jayne-Ann Igel, freiberufliche Autorin
Dr. Ute Kalbitzer, Ökonomin und Slavistin
Katja Keul, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin, Bündnis 90/Die Grünen
Ska Keller, MdEP, Bündnis 90/Die Grünen
Katja Kipping, MdB, stellv. Parteivorsitzende DIE LINKE
Annekatrien Klepsch, LINKE Landtagsabgeordnete Sachsen
Ute Koczy, MdB, Sprecherin Entwicklungspolitik, B90/Die Grünen
Sylvia Kotting-Uhl, MdB, Atompolitische Sprecherin, Bündnis 90/Die Grünen
Lena Kreck, Redaktion prager frühling
Brunhild Krüger, Diplom-Physikerin
Dr. Barbara Loer, Direktorin der Bremer VHS a.D.
Ulla Lötzer, MdB, stellv. Fraktionsvors. die LINKE
Karin Luttmann, Gewerkschafterin
Kristina M. Luxen, Dipl.-Kauffrau u. 3-fache Mutter
Anke Martiny, MdB a.D., Senatorin für Kulturelle Angelegenheiten Berlin a.D.
Renate Miron
Beate Müller-Gemmeke, MdB, Bündnis 90/Die Grünen
Ingrid Nestle, MdB, Sprecherin fuer Energiewirtschaft, Bündnis 90/Die Grünen
Petra Pau, Vizepräsidentin Deutscher Bundestag, DIE LINKE
Jutta Roitsch-Wittkowsky, Journalistin
Astrid Rothe-Beinlich, Mitglied im Bundesvorstand Bündnis 90/Die Grünen, Vizepräsidentin im Thüringer Landtag
Astrid Rund, Feministin, Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung RLP
Dr. Nina Scheer
Daniela Schneckenburger, MdL NRW, stv. Fraktionsvorsitzende, Bündnis 90/Die Grünen
Astrid Schneider, MdB, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Energie von Buendnis 90/Die Gruenen
Jutta Schnütgen-Weber
Nadia Sergan, Grüne Hochschulgruppe Uni Frankfurt
Dr. Vera Trappmann
Katrin Tschirschwitz
Barbara Unmüßig, Vorstand Heinrich Böll Stiftung
Ursula Walther
PD Dr. Uta v. Winterfeld, Wissenschaftlicher Beirat von attac
Andrea Ypsilanti, MdL, SPD Hessen

Ja, ich unterschreibe den Aufruf „Demokratischer Rechtsstaat oder Atomstaat!“

Vorname:

Nachname:

Funktion / Tätigkeit:

Adresse:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Unterschrift:

Vorname:

Nachname:

Funktion / Tätigkeit:

Adresse:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Unterschrift:

Vorname:

Nachname:

Funktion / Tätigkeit:

Adresse:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Unterschrift:

Bitte einsenden an: Institut Solidarische Moderne, Dahlmannstraße 19, 10629 Berlin